

58 Abschiebungen erregen Ungarn

Streit an Grenze. Österreichs Polizei beruft sich auf Schengen, ungarische Behörden sprechen von illegaler Aktion

VON CLAUDIA KOGLBAUER

Es kommt regelmäßig vor, dass Flüchtlinge, die an Österreichs Grenze gestoppt werden, wieder nach Ungarn zurückgeschoben werden. Neu ist, dass Ungarn nach so einer Aktion eine politische Krise ausruft. Auslöser der Aufregung sind dutzende Flüchtlinge, die am Sonntag im Burgenland aufgegriffen wurden. Österreich habe sie „illegal“ zurückgeschoben, lautet der Vorwurf der Ungarn. Österreichs Behörden dementierten, Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) hat sich in die Causa eingeschaltet.

Es geht um 58 Personen. Der Leiter der Grenzschutz-Abteilung der ungarischen Polizei, Laszlo Balazs, sagte am Montag im staatlichen Fernsehen: „Gemäß den Schengen-Regeln können derartige Abschiebungen nur in Absprache mit den ungarischen Behörden erfolgen.“ Aber so eine Absprache habe es eben nicht gegeben.

In der Landespolizeidirektion Eisenstadt ist man erstaunt ob der harschen Kritik der Nachbarn, wie Polizeisprecherin Daniela Landauer erklärt. „Eshatsichhier keineswegs um illegale Zurück-schiebungen gehandelt, so



FRANZ GRUBER

Rund um den Grenz-übergang Nickelsdorf (Hegyeshalom) wurden am Sonntag laut Polizei 39 Flüchtlinge nach Ungarn zurück gewiesen. Ungarn spricht von „illegalen“ Abschiebungen

wie es in ungarischen Medien behauptet wird.“ Vielmehr habe es sich um die Zurückweisung von 39 Personen gehandelt, die am Sonntag in der Nähe von Nickelsdorf von Polizisten aufgegriffen wurden.

Weitere acht Flüchtlinge seien bereits im Jänner bei Heiligenkreuz im Südburgenland zurückgewiesen

worden. „Wir haben natürlich auch die ungarischen Behörden über diesen Schritt in Kenntnis gesetzt, wie das üblich ist“, sagt Landauer. Zurückweisungen würden nur in wenigen Fällen passieren, sagt die Polizeisprecherin.

Eine derartige Maßnahme sei generell nur an einer der Grenzkontrollstellen oder innerhalb eines Zehn-

Kilometer-Radius rund um die Grenzübergangsstelle möglich.

Ministersache

Landauer bezieht sich dabei auf ein Schreiben von Innenminister Sobotka, das am Montag an die ungarischen Behörden ergangen ist. „Der Schengener Grenzkodex ermöglicht bei der Wiederein-

führung von Grenzkontrollen an der Binnengrenze, dass Zurückweisungen in den Staat, aus dem der Fremde versucht, nach Österreich einzureisen, möglich sind. Bei den erfolgten Zurückweisungen handelt es sich um eine Vorgangsweise des Unionsrechts.“

Doch was ist der Hintergrund der Kritik? Ein österreichischer Beobachter aus

Ungarn spricht von einem „politischem Hickhack“. Aktueller Anlass für die Kritik könne auch ein Ablenkungsmanöver für die bevorstehende Novellierung der ungarischen Migrationsgesetze sein. Wie berichtet, plant die Regierung in Budapest die „Stärkung der juristischen Grenzsperrern“ als Maßnahme gegen illegale Migration.

SALZBURG/KÄRNTEN

„Das Welterbe ist unendlich wichtig“

Tourismus. Johannes Hörl, Chef der Großglockner Hochalpenstraße, will mehr Besucher anlocken

Geht es nach den Tourismus-Verantwortlichen in Salzburg und Kärnten, soll die Großglockner Hochalpenstraße ab Sommer 2018 Teil des UNESCO-Weltkulturerbes sein. Vorstand Johannes Hörl erklärt, wofür eine der Top-Sehenswürdigkeiten diesen Status braucht und wie sich ein Besucherplus auf der Straße durch den Nationalpark mit dem Naturschutz verträgt.

KURIER: Die Glocknerstraße lockt schon jetzt jährlich bis zu 900.000 Besucher an. Wofür der Aufwand, wenn die Straße ohnehin ein Selbstläufer ist?

Johannes Hörl: Die Großglockner Hochalpenstraße hat in den 60er-Jahren bis zu 360.000 Fahrzeuge im Jahr gehabt, jetzt sind es etwa bis zu 270.000. Ein Selbstläufer ist es nie. Im Gegenteil: Wir brauchen nur an Minimums denken, das über die letzten Jahrzehnte katastrophal abgebaut hat. Das war eines der bekanntesten Ausflugsziele Österreichs. Wenn man am touristischen Markt nicht dran bleibt, verliert neben dem Ausflugsziel auch die



GROßGLOCKNER.AT

Die 48 Kilometer lange Gebirgsstraße zwischen Salzburg und Kärnten steht seit 2015 unter Denkmalschutz

Region ihre Attraktivität. Sollte das Welterbe im Sommer 2018 kommen, hat das nachhaltige positive Effekte.

Mit welchen Zuwächsen rechnen Sie?

Die Glocknerstraße ist als touristische Infrastruktur ja schon sehr hoch entwickelt. Daher werden die Zuwächse nicht utopisch sein. Ich glaube, zwischen sechs und zwölf Prozent sind langfristig realistisch. Das ist unendlich wichtig, um das Monument gut bewerben zu können.

Ist man für so einen Zuwachs baulich gerüstet, etwa was die Zahl der Parkplätze betrifft?

Wir haben an Spitzentagen bis zu 5000 Fahrzeuge und könnten ohne Weiteres ein Plus von 30 bis 50 Prozent schaffen. Es gäbe theoretisch

die Möglichkeit, eine Art „Yield-Management“ (in diesem Fall: variable Preise nach Verkehrsaufkommen, Anm.) einzuführen: Zu Spitzenzeiten wird der Tarif höher, in den anderen Zeiten günstiger.

Die Straße durchquert den Nationalpark Hohe Tauern: Wie passt mehr Verkehr mit Naturschutz zusammen?

Dass wir mit mehr Verkehr rechnen, stimmt eigentlich nicht unbedingt. Die Mobilität verändert sich sehr stark. Wir investieren jetzt schon in bessere Angebote für Bustouristen. Wenn ich über eine Million Gäste habe, fahren nicht automatisch zehn Prozent mehr Fahrzeuge. Wir legen mehr Wert darauf, so viele Personen wie möglich in den Fahrzeugen zu haben. Die Mobilität wird breiter. Elektro-

mobilität wird ein Baustein sein. Wir haben mit fünf Lade-stationen eine ausreichende Infrastruktur. Die Nutzung hinkt noch nach, aber das wird schon kommen.

Das Welterbe ist auch mit Pflichten verbunden. Mit welchem zusätzlichen Aufwand rechnen Sie?

Mit gar keinem. Wir haben fünf Jahre lang einen Denkmalpflege-Plan erarbeitet. Der beinhaltet, wie wir das Monument bestellen müssen. Wir haben bei baulichen Maßnahmen kurze Wege ausgemacht. Die brauchen wir, etwa wenn wir sehr rasch eine Steinschlag-Galerie bauen müssen. Es geht nicht, dass wir beim Denkmalamt in Wien sieben Hofräte drüberschauen lassen müssen.

– THOMAS SENDLHOFFER

STEIERMARK

Murkraftwerk: Konflikt unter grünen Parteichefs

Graz. Eine „ausdrückliche Einzelmeinung“ sei die Einschätzung Lambert Schönleitners zum Murkraftwerk, konstatiert Tina Wirnsberger, Chefin der Grazer Grünen. Der Landtagsabgeordnete aus der Obersteiermark hatte sinngemäß festgestellt, die Staustufe in Graz-Puntigam sei rechtlich nicht mehr zu verhindern, weitere Protestaktionen vor Ort seien also wenig sinnvoll.

Allerdings ist Schönleitner nicht irgendein Vertreter der Partei, sondern deren Landesparteiobmann in der Steiermark. „Man darf mich auch hinterfragen“, versichert er. „Aber natürlich hab’ ich mich über die Heftigkeit der Reaktionen gewundert.“

Schönleitner wurde in sozialen Medien vorgeworfen, „kein Grüner“, dafür aber ein „Wendehals“ zu sein. Richtungsstreit mit der Grazer Partei sehe er dennoch keinen, betont er. Schließlich fordere er wie die designierte Stadträtin Tina Wirnsberger einen sofortigen Baustopp für eine Nachdenkpause. „Aber bei dem Projektstand

muss man jetzt einfach einmal schauen, was kann man noch tun? Wenn jeden Tag unter Polizeischutz und mit Securitys weitergebaut wird, verlieren wir alles. Wir erreichen nichts.“

Der Bescheid „pickt“

Der Bescheid nach der Umweltverträglichkeitsprüfung sei positiv, erinnert Schönleitner. „Leider bis zur letzten Instanz. Der Projektstand ist jetzt so, dass wir rechtlich wenig Chancen dagegen haben. Juristisch pickt der Bescheid.“

Deshalb sei es wichtig, auf andere Weise so viel wie möglich für die Umwelt herauszuholen. „Viele Grazer sind beunruhigt, was da an der Mur passiert. Das sieht man ja an den Demonstrationen“, begründet Schönleitner und fordert Gespräche mit Stadt, Land, Energie Steiermark wie Umweltschutzorganisationen. „Der positive Bescheid liegt da. Jetzt geht’s nur noch über politisches Handeln. Sonst haben wir dort einen Dauerkonflikt.“

– ELISABETH HOLZER



Hörl verweist auf die 1990er: Damals gab es 1,2 Mio. Besucher



Tina Wirnsberger: „Das ist eine ausdrückliche Einzelmeinung“



Lambert Schönleitner: „Juristisch pickt der Bescheid“